Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz

Autor(en): **David, Thomas / Müller, Philipp**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Traverse : Zeitschrift für Geschichte = Revue d'histoire**

Band (Jahr): **14 (2007)**

Heft 1: **Histoire des partis politiques en Suisse = Geschichte der politischen Parteien der Schweiz**

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-31833

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Plädoyer für eine Erneuerung der Geschichte der politischen Parteien in der Schweiz

Die Geschichte der schweizerischen politischen Parteien gehört seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr zu den Kerndomänen der universitären Forschung. Abgesehen von einigen Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre erschienen Arbeiten über die Linksparteien,[1] konzentriert sich die akademische Forschung im Wesentlichen auf die Universität Freiburg und auf die Geschichte des politischen Katholizismus.[2] Die Gründe für dieses mangelnde Interesse sind nicht leicht zu bestimmen. Erstens besteht wahrscheinlich ein Zusammenhang zwischen dem steigenden Einfluss des Postmodernismus auf die Arbeiten der HistorikerInnen und die Marginalisierung der klassischen Politik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in der Schweiz. Zweitens fand eine gewisse Umorientierung in Richtung Biografien von politisch einflussreichen Intellektuellen statt. Als Beispiel kann man zwei in den Jahren 1994 und 2006 erschienene Dissertationen nennen, von denen die erste den Lebensweg von Gonzague de Reynold, einer der Schlüsselfiguren der im frühen 20. Jahrhundert aufkommenden «reaktionären Avantgarde» (H. U. Jost) zum Thema hat, die zweite jenen des der sozialistischen Linken nahestehenden Arnold Künzli, einem Journalisten und Professor der Politischen Philosophie.[3] Drittens hat die föderalistische Struktur der Schweiz und das im Vergleich zu den Spitzenverbänden der Wirtschaft relativ schwache Gewicht der nationalen politischen Parteien dazu geführt, dass Forscher sich seit je mehr für die kantonale Ebene der Politik interessiert haben. Zuletzt ist auch zuzugeben, dass seit dem Aufstieg der Politikwissenschaften die wissenschaftliche Untersuchung der politischen Parteien ihren Schwerpunkt nicht mehr bei den Historikern hat.

Die Lücken in der Geschichte der politischen Parteien der Schweiz sind jedoch nach wie vor zahlreich. Dies wird allein schon dadurch deutlich, dass Erich Gruners Buch von 1969 über die schweizerischen politischen Parteien immer noch als Standardwerk für die Geschichte der meisten politischen Gruppierungen gelten kann.[4]

Im Lichte der vorhandenen Literatur ist man versucht zu sagen, dass sich der Wissensstand über eine politische Partei umgekehrt proportional zu ihrer wirklichen Bedeutung im 20. Jahrhundert verhält. Wenn man von den vier heutigen

Bundesratsparteien ausgeht, ist beispielsweise die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei (SPS) von ihrer Gründung bis zum Zweiten Weltkrieg relativ gut abgedeckt. Andererseits ist die Entwicklung der Freisinnig-Demokratischen Partei (FDP), die bis 1943 trotz der wachsenden Bedeutung der Katholisch-Konservativen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) die Bundespolitik dominiert hat, noch wenig erforscht.

Das vorliegende *traverse*-Themenheft kann nicht den Anspruch haben, alle diese Lücken zu füllen. Vielmehr versteht es sich als einen bescheidenen Beitrag zur notwendigen Wiedererweckung der Geschichtsschreibung der politischen Parteien der Schweiz.

Ein Schwerpunkt liegt auf der BGB und auf jener politischen Strömung, die man allgemein als schweizerischen Rechtspopulismus bezeichnen kann. Weiter wird in Beiträgen zur CVP und zur SPS im 20. Jahrhundert auf mögliche neue Forschungsfelder hingewiesen.

Die drei ersten Artikel von Hans Ulrich Jost, Damir Skenderovic und Regula Zürcher befassen sich auf sehr komplementäre Art und Weise mit der Geschichte der rechtspopulistischen Parteien der Schweiz. Dies vor allem mit der BGB, die sich nach dem Zusammenschluss mit den Glarner und Graubündner Demokraten im Jahr 1971 in Schweizerische Volkspartei (SVP) umbenannt hat. In seinem Beitrag setzt sich *Hans Ulrich Jost* von den Analysen von Journalisten und Politologen ab, welche die Wahlerfolge der SVP seit Mitte der 1990er-Jahre vor allem mit den Wandlungen im internationalen Umfeld und ihren Rückwirkungen auf die Schweiz erklärten. Ohne die Bedeutung dieser Entwicklungen leugnen zu wollen, betont der Lausanner Historiker, dass diese Analysen viel zu kurzfristig angelegt seien. Um die erdrutschartigen Wahlerfolge dieser Partei zu verstehen, ist es für Jost notwendig, ihre Vergangenheit zu berücksichtigen. Nach dem Aufkommen des Neoliberalismus um 1990 hat es die SVP geschafft, ihr Erbgut, das seine Wurzeln letztlich in den Strömungen der konservativen oder gar der extremen Rechten des 19. Jahrhunderts hat, zu reaktivieren und zu modernisieren. Auf der ideologischen Ebene besteht eine Kontinuität zwischen den verschiedenen Kreisen, die sich seit 1848 stets für christliche, vaterländische, fremdenfeindliche und antisozialistische Ideen einsetzten und unter denen namhafte Bauernorganisationen eine aktive Rolle spielten. Der Erste Weltkrieg bedeutete eine wichtige Etappe für die Legitimierung dieser konservativen Rechten. Die militärische Auseinandersetzung hat nämlich die wirtschaftliche Bedeutung des Schweizer Bauernstandes für die Landesversorgung eindrücklich bewiesen. Gleichzeitig haben die Bauern eine entscheidende politische Rolle erlangt, vor allem indem sie im Zuge der sozialen Konflikte, die wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage aufbrachen und im Landesstreik von 1918 kulminierten, zu den loyalsten Alliierten der bürgerlichen Parteien wurden. Die BGB, die am Ende dieses Kon-

flikts gegründet wurde, verstand sich als Rammbock einer handfesten reaktionären Politik, der bei sämtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Bürgerblock und der Linken eine zentrale Rolle spielte.

Als Gegengabe für ihre Loyalität zum bürgerlichen Block bekamen die bäuerlichen Kreise Unterstützung in Form reichlich fliessender Agrarsubventionen,[5] und einer ihrer Vertreter wurde 1929 in den Bundesrat gewählt. Der Zweite Weltkrieg stärkte diese Allianz: Der «Plan Wahlen» illustrierte aufs Eindrücklichste die wirtschaftliche und ideologische Bedeutung, welche die Agrarpolitik innerhalb der die schweizerische Politik dominierenden Kreise erlangt hatte.

Überdies hat sich diese konservative Rechte seit jeher auf ein eng geknüpftes Netz von Verbänden gestützt, die ihre Einstellungen erfolgreich popularisieren konnten und damit richtiggehend zur Ausbildung einer politischen Kultur beigetragen haben. Bis zum Ersten Weltkrieg und auch darüber hinaus haben die landwirtschaftlichen und kulturellen Gesellschaften wie der Heimatschutz diese Rolle inne gehabt. Gleichermassen stand die BGB in der Zwischenkriegszeit dem «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» nahe, der sich den Kampf gegen den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Heute hat die «Aktion für ein unabhängige und neutrale Schweiz» (AUNS) diesen Part der Mobilisierungsmaschine für die SVP übernommen. Für Hans Ulrich Jost hätte der SVP ohne diese Verankerung in der Vergangenheit die notwendige Legitimierung gefehlt, die sie brauchte, um sich im heutigen politischen System durchsetzten zu können.

Damir Skenderovic schlägt in seinem Artikel über die populistische Rechte in der Schweiz komplementäre Erklärungsansätze vor, um den politischen Erfolg der SVP in den letzten Jahren zu verstehen. Er unterteilt die Geschichte der populistischen Rechten in drei Etappen. Die erste kurze Phase vom Anfang der 1960er- bis Mitte der 1980er-Jahre war geprägt durch die Bildung von vier kleinen Parteien (Nationale Aktion, Vigilance, Republikanische Bewegung und Eidgenössisch-Demokratische Union), die auf der kantonalen und kommunalen Ebene gewisse Wahlerfolge erreichen konnten, obwohl sie in den Nationalratswahlen zusammen nie auf mehr als 8% der Wählerstimmen kamen. Ihr Programm konzentrierte sich in erster Linie auf die sogenannte Überfremdungsfrage. Die zweite Phase umfasst die zweite Hälfte der 1980er-Jahre mit der Gründung der Autopartei und Lega dei ticinesi. Keine dieser beiden Gruppierungen war jedoch dazu fähig, eine wirksame Organisation aufzubauen. Dieses Scheitern steht in starkem Gegensatz zum Erfolg der SVP, die während der vorläufig letzten Phase (Anfang der 1990er-Jahre bis heute) unter dem Druck ihres von Christoph Blocher dominierten Zürcher Flügels einen derart fundamentalen ideologischen und strukturellen Wandel durchmachte, dass man heute von einer «neuen» SVP sprechen kann.

Damir Skenderovic unterstreicht in seinem Beitrag die Bedeutung der Akteure und der Organisationsformen der Parteien für den Aufschwung der politischen Parteien. Es handelt sich insbesondere um die Präsenz starker und populärer Wortführer wie etwa James Schwarzenbach und Christoph Blocher, welche soziale Krisen auszunützen vermögen. Der Autor erklärt dadurch die verstärkte Mobilisierungsfähigkeit dieser Parteien. Die Organisationsstrukturen und der innere Zusammenhalt sind ebenfalls ein entscheidender Faktor. Die SVP unterscheidet sich diesbezüglich von den anderen rechtspopulistischen Minderheitsparteien. Sie hat es in den 1990er-Jahren erreicht, eine Massenorganisation aufzustellen, ihre Kampagnenführung zu professionalisieren und hat gleichzeitig eine grosse interne Homogenität hergestellt. Schliesslich unterstreicht der Autor wie auch Hans Ulrich Jost die Stärke der SVP im Vergleich zu den anderen rechtspopulistischen Organisationen in Bezug auf das politische *agenda setting*.

Gleichzeitig mit der Konsolidierung ihrer Position im politischen System der Schweiz hat die Oppositionshaltung der SVP gegenüber diesem zugenommen, wie *Regula Zürcher* in ihrem die Positionsbezüge der vier Bundesratsparteien während der 400 Volksabstimmungen zwischen 1920 und 2005 analysierenden Beitrag zeigt. Die Autorin interessiert sich für die Anzahl deckungsgleicher und gegensätzlicher Abstimmungsparolen der BGB/SVP im Vergleich mit den anderen bürgerlichen Regierungsparteien. Es ist ihr dadurch gelungen, drei strukturelle Zeitabschnitte zu unterscheiden. Zwischen dem Anfang der 1920er-Jahre und in den 1930-Jahren bestand die Tendenz zur moderaten Opposition. Diese manifestiert sich nur im Hinblick auf die Verteidigung ausgesprochener Agrarinteressen. Seit der Mitte der 1930er-Jahre wurde die BGB/SVP ausgesprochen regierungstreu. Für Zürcher gibt es dazu drei Erklärungen: die Wahl eines Bauernvertreters in den Bundesrat im Jahr 1929, der Druck von aussen, der in den 1930er-Jahren einen gewissen innenpolitischen Konsens herstellte und schliesslich die Anerkennung der Wichtigkeit der Landwirtschaft durch die eidgenössische Politik. Ab Mitte der 1980er-Jahre hat sich die SVP wieder vermehrt in Richtung Oppositionspartei bewegt. Die Partei lancierte 1996 zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Volksinitiative unter dem Schlagwort «gegen die illegale Einwanderung». Diese Opposition ist Ausdruck des von der sich seit den 1970er-Jahren abzeichnenden Wandlung einer auf die Verteidigung der Bauerninteressen ausgerichteten Partei zu einer politischen Formation, welche sich als Stimme des Volkes versteht. Indem sie Themen wie die Einwanderung und die Asylpolitik stark gewichtet, hat die SVP einen von den anderen Parteien vernachlässigten Politikbereich besetzt. Regula Zürcher teilt eine der Schlussfolgerungen von Damir Skenderovic, wonach diejenigen rechtspopulistischen Parteien die grössten Erfolgsaussichten besitzen, die sich einstmals in der Mitte des politischen Spektrums befanden. Diese Situation erlaubt den Rechtspopulisten eine Delegitimationsstrategie gegenüber der

Regierung. Konkordanzsystem und indirekte Demokratie geben den politischen Parteien der Schweiz die Möglichkeit Regierungsverantwortung zu übernehmen und gleichzeitig die Entscheidungen der Exekutive systematisch zu bekämpfen. Diese Strategie zahlt sich im Falle der SVP aus.

Im Gegensatz zur SVP hat die Christlich-demokratische Volkspartei der Schweiz (CVP) in den letzten Jahren eine schwierige Zeit hinter sich. In seinem Beitrag schreitet *Pierre-Antoine Schorderet* zu einer wenig erbaulichen Bilanz der historischen Forschung zu den Parteien der Schweiz. Auch wenn diese zu den zentralen Akteuren des politischen Lebens zählen, bleiben sie nur sehr spärlich erforscht. Die CVP ist diesbezüglich eine Ausnahmeerscheinung. Seit rund 40 Jahren erschien eine Vielzahl von Publikationen, die insbesondere von an der Universität Freiburg arbeitenden HistorikerInnen ausgingen. Schorderet zeigt auf, dass diese Recherchen, vor allem jene zum 20. Jahrhundert,[6] sich hauptsächlich auf die internen Auseinandersetzungen, die ideologischen Grabenkämpfe, die Programme und Statuten konzentrierten und das katholische Milieu vielfach nur ansatzweise streifen. Letzteres spielt jedoch seit dem 19. Jahrhundert und dem Aufkommen der «katholischen Subgesellschaft» eine zentrale Rolle für den organisierten politischen Katholizismus. Wie auch Hans Ulrich Jost und Damir Skenderovic unterstreicht Pierre-Antoine Schorderet die Notwendigkeit, sich nicht nur auf die politischen Kampforganisationen, die Parteien, zu beschränken, sondern diese in ein allgemeineres «Aktionssystem» zu integrieren und sich insbesondere für die sozialen und kulturellen Bewegungen um diese Parteien zu interessieren. Auf dieser Basis unternimmt Schorderet eine Analyse von zwei zentralen Abschnitten der Geschichte der CVP: ihr Aufkommen im 19. Jahrhundert und ihre Transformation in den letzten 30 Jahren. Wir möchten hier auf den zweiten Punkt eingehen.

Der Autor ist der Ansicht, dass die These, wonach die Schwächung der CVP mit deren Strategie der Entkonfessionalisierung im Zuge des Zweiten Vatikanischen Konzils in Verbindung gebracht werden kann, nuanciert werden muss. Für Schorderet sollte weniger das Fallenlassen expliziter konfessioneller Referenzen in den Vordergrund gestellt werden. Es geht vielmehr darum, die Neudefinition des Verhältnisses zwischen der Partei und dem katholischen Milieu, in erster Linie der katholischen Kirche, in Betracht zu ziehen. Die traditionellen Volks- und Studentenorganisationen, zwei historische Grundstützen des politischen Katholizismus, haben in den letzten Jahrzehnten in der Tat an Einfluss verloren. Dies hat zu einer steigenden Entfremdung zwischen Partei und Milieu geführt. Für Schorderet ist daher weniger die CVP als politische Organisation in der Krise als das «Aktionssystem», in dem die Partei lange Zeit eingebettet war.

Die vorherrschende Interpretation der Geschichte der SPS geht davon aus, dass die Partei sich ab 1918 von einer Klassen- zu einer Volkspartei gewandelt hat.

Die SPS soll sich demnach von zwei zentralen Komponenten der Sozialdemokratie zu Beginn des 20. Jahrhunderts, ihrem internationalistischen Engagement und der Arbeiterbasis, entfernt haben. Gleichzeitig soll sich die SPS progressiv in das politische System der Schweiz integriert haben. In seinem Artikel zur Geschichte dieser Partei zwischen 1918 und 1989 weist *Adrian Zimmermann* diese Entwicklungsanalyse zurück. Der Autor stützt sich insbesondere auf die Parteiarchive und zeigt, dass die Transformation zur Volkspartei nicht mit einer Ausdehnung der sozialen Basis einherging. Seit ihren Anfängen bis Ende der 1980er-Jahre ist die Partei vor allem eine Partei der qualifizierten Arbeiter geblieben. Und dies trotz mehrfachen Versuchen sich neuen Schichten gegenüber zu öffnen. So gab die Parteileitung zum Beispiel 1959 beim Marketinginstitut «Nowland Organization» eine soziopsychologische Studie in Auftrag, welche sich mit marginalen sozialen Schichten (Vorarbeiter, kleine Angestellte, unqualifizierte Arbeiter) beschäftigen sollte, um zu sehen, inwiefern es möglich sein konnte, die elektorale Basis der SPS auszuweiten. Dieser vertrauliche Bericht – die Partei fürchtete sich davor, dass die Öffentlichkeit erfahren könnte, die SPS habe sich an eine amerikanische Firma gewandt – schlägt vor, sich nicht mehr als politische Formation des sozialen Wandels zu präsentieren, sondern als eine den Fortschritt kontrollierende Partei. Während der Abstimmungskämpfe zu den eidgenössischen Wahlen 1959 und 1963 zeigen die Wahlplakate der SPS glückliche Familien mit Slogans wie «Der einst gedemütigte Arbeiter ist ein sich seines Wertes bewusster Bürger unseres Landes geworden. Mit seiner Familie nimmt er am Aufschwung teil». Zwischen der Reorientierung des Politkmarketings und dem Einfluss auf neue soziale Schichten liegt jedoch ein weites Feld.

Dies zeigt sich auch im Hinblick auf die Frage des Verständnisses der Partei zur Rolle des Volkes als staatsgründende «Nation». Die schrittweise Akzeptierung dieses Postulates ging nicht ohne intensive interne Konflikte vor sich. Adrian Zimmermann zeigt auch hier eine neue Interpretation auf. Mit dem Generalstreik von 1918 hat sich der Graben zwischen dem Bürgerblock und der Arbeiterbewegung stark vertieft. Es ist diesbezüglich interessant in Erinnerung zu rufen, dass die SPS in der Zeit, wo sie sich am stärksten als Klassenpartei verstand, ihr bisher bestes Wahlresultat erzielte (Eidgenössische Wahlen 1931). In den 1930er-Jahren führten die Stärkung des Faschismus und der Wille, die Unabhängigkeit und die Demokratie des Landes zu verteidigen, zu einer Annäherung zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, wie dies im Friedensabkommen von 1937 in der Metall- und Maschinenindustrie und dem Eintritt der SP in die bernische Kantonsregierung im Jahr 1938 zum Ausdruck kommt. Diese Positionierung, insbesondere auch in der Frage der Landesverteidigung, geht jedoch nicht ohne schwerwiegende interne Konflikte vor sich. Der Ausbruch des Zweiten Weltkriegs bedeutet das zeitweilige Ende der Annäherung von «Bürgerblock» und

Sozialdemokratie, das durch die Wahl Walter Stampflis in den Bundesrat 1940 auf Kosten eines Kandidaten der SPS zum Ausdruck gebracht wird. Erst die Niederlage der deutschen Truppen in Stalingrad (1943) und die im selben Jahr erfolgende Wahl des ersten Sozialdemokraten (Ernst Nobs) in den Bundesrat führen zu einer, wenn auch geringen, Änderung des Kräfteverhältnisses. 1947 institutionalisieren die Verfassungsartikel zur AHV und die «Wirtschaftsartikel» den Klassenkompromiss. Diese Neuorientierung ruft ihrerseits ab dem Ende der 1960er-Jahre interne Debatten hervor. Die aus der 68er-Bewegung hervorgehenden politischen Strömungen führen innerhalb der SPS zum Aufkommen einer der Ökologie, dem Feminismus und der Dritte-Welt-Bewegung offeneren Generation. Diese tendiert auch stärker zu einer Hinterfragung des Kompromisses von 1943–1947. Die Nichtwahl von Lilian Uchtenhagen in den Bundesrat und die darauffolgende Bundesratsaustrittsparole der Parteispitze sind ebenfalls Ausdruck dieser Entwicklung, auch wenn diese Haltung durch den Parteitag desavouiert wurde. 2003 sind es ähnliche Spannungen und Debatten, die auf die Wahl Christoph Blochers folgen.

Wir hoffen, dass über die wichtigen Beiträge der vorliegenden Artikel hinaus, diese *traverse*-Nummer die notwendige Erneuerung der historischen Forschung zu den politischen Parteien der Schweiz in Erinnerung ruft. Vieles bleibt in dieser Hinsicht noch zu tun. Wir möchten hier abschliessend vier Forschungsfelder hervorheben.

Erstens liegt heute ausser der 2002 im Selbstverlag erschienen Doktorarbeit von Michael Gehrken für die Jahre 1919–1947 keine jüngere Arbeit zur Geschichte der FDP, einem zentralen Akteur im politischen System der Schweiz, vor.[7] Gehrken beschränkt sich im Übrigen darauf, die internen ideologischen Auseinandersetzungen zu diskutieren. Es gibt somit heute zum Beispiel keine Analyse der freisinnigen Elite, welche die Beziehungen zwischen Partei, Bundesverwaltung, Bundesräten sowie Finanz und Industrie aufzeigt. Die im Generalsekretariat der FDP in Bern deponierten Archivbestände wie auch die Archive des Schweizerischen Handels- und Industrievereins (SHIV, Vorort) würden es erlauben, diese Themen vertieft zu behandeln.

Zweitens sind verschiedene Aspekte der Geschichte der BGB vor den 1970er-Jahren heute weitgehend unbekannt. Ausser einer 1968 als Jubiläumsschrift erschienenen Publikation zur Geschichte der BGB des Kantons Bern, liegen praktisch keine Forschungen vor.[8] Die Arbeiten von Werner Baumann und Peter Moser zeigen zwar die Entwicklung der schweizerischen Agrarpolitik und die Rolle der Bauernorganisationen auf, die Verbindung zwischen dem Bundesamt für Landwirtschaft, der BGB und des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) sind jedoch ein unerforschtes Thema.[9]

Drittens, auch wenn die Geschichte der SPS vor dem Zweiten Weltkrieg recht gut

bekannt ist, wurde die Nachkriegszeit nur spärlich behandelt, von der Publikation Bernard Degens über die Bundesratsbeteiligung der Sozialdemokratie und ein paar in der Jubiläumsschrift von 1988 erschienenen Artikeln einmal abgesehen.[10] Die Archive des Schweizerischen Metall- und Uhrenarbeitervereins und der Gewerkschaft Bau und Industrie, die unlängst im Schweizerischen Sozialarchiv in Zürich deponiert wurden, die Archive des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Bern sowie der reichhaltige Archivbestand zur Geschichte der SPS im Schweizerischen Sozialarchiv würden ausgedehnte Recherchen, zum Beispiel zum Verhältnis zwischen der Partei und den Gewerkschaften, möglich machen. Aufgrund der hier vorgeschlagenen Forschungen zur FDP, zur BGB und zur SPS, könnten auch vergleichende Arbeiten angegangen werden, die sich mit der Parteifinanzierung, der Rekrutierung neuer Mitglieder und der Ausbildung der politischen Eliten oder mit der Beziehung zwischen den politischen Formationen und ihren wichtigsten Verbündenten – SHIV für die FDP, SBV für die BGB, SGB für die SPS – auseinandersetzen.

Schliesslich muss ein letzter Themenkreis erwähnt werden: die Forschung zu den sozialen Milieus der einzelnen Parteien. Es handelt sich um ein zentrales Thema, will man die Rolle und die Entwicklung des politischen Systems der Schweiz besser verstehen. Hans Ulrich Jost hat in einem Mitte der 1980er-Jahre im Politischen Jahrbuch der Schweiz erschienen Artikel darauf hingewiesen, und die Forschungen zum politischen Katholizismus bedienen sich teilweise dieses Forschungsansatzes.[11] Dieser bezieht sich auf zwei eng miteinander verbundene Problemkreise. Jenen der politischen Netzwerke, und jenen, der Beziehung zwischen der Entwicklung der sozialen Basis der politischen Parteien und ihrer elektoralen Stärke. Beide sind eine unabdingbare Voraussetzung für ein besseres Verständnis der Rolle der politischen Parteien der Schweiz.

Thomas David, Philipp Müller
(Übersetzung aus dem Französischen: Martin Lüpold, Philipp Müller)

Anmerkungen

1 Vgl. dazu: Erich Gruner, *Arbeiterschaft und Wirtschaft in der Schweiz 1880–1914*, Bd. III, Zürich 1988; Bernard Degen, *Sozialdemokratie: Gegenmacht? Opposition? Regierungspartei?*, Zürich 1993; Brigitte Studer, *Un parti sous influence: le parti communiste suisse, une section du Komintern: 1931–1939*, Lausanne 1994.

2 Siehe dazu den Artikel von Pierre-Antoine Schorderet.

3 Aram Mattioli, *Zwischen Demokratie und totalitärer Diktatur. Gonzague de Reynold und die Tradition der autoritäten Rechten in der Schweiz*, Zürich 1994; Roger Sidler, *Arnold Künzli. Kalter Krieg und «geistige Landesverteidigung» – eine Fallstudie*, Zürich 2006.

4 Erich Gruner, *Die Parteien in der Schweiz*, Bern 1969.

5 Dieser «Bürger- und Bauernblock» bildet sich um 1900. Dazu Cedric Humair, *Développement économique et Etat central (1815–1914). Un siècle de politique douanière suisse au service des élites*, Berne 2004, Kap. 6.
6 Die Schweizerische Konservative Volkspartei (SKVP) wurde 1912 gegründet. 1957 wandelte sie sich zur Schweizerischen Christlich-sozialen konservativen Volkspartei bevor sie 1970 in die CVP mündete.
7 Michael Gehrken, *«Im Zeichen einer wahrhaft eidgenössischen Solidarität». Krise und Stabilisierung des Freisinns zwischen 1929 und 1947*, Bern 2002.
8 Beat Junker, *Die Bauern auf dem Wege zur Politik. Die Entstehung der bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei*, Bern 1968.
9 Werner Baumann, Peter Moser, *Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968*, Zürich 1999.
10 Parti socialiste suisse, *Solidarité – débats – mouvement*, Lausanne 1988.
11 Hans Ulrich Jost, «Critique historique du parti politique», *Annuaire suisse de science politique* 26 (1986), 317–332.